

Ehrbarer Staat? Die deutsche Generationenbilanz

Update 2012: Demografie und Arbeitsmarkt

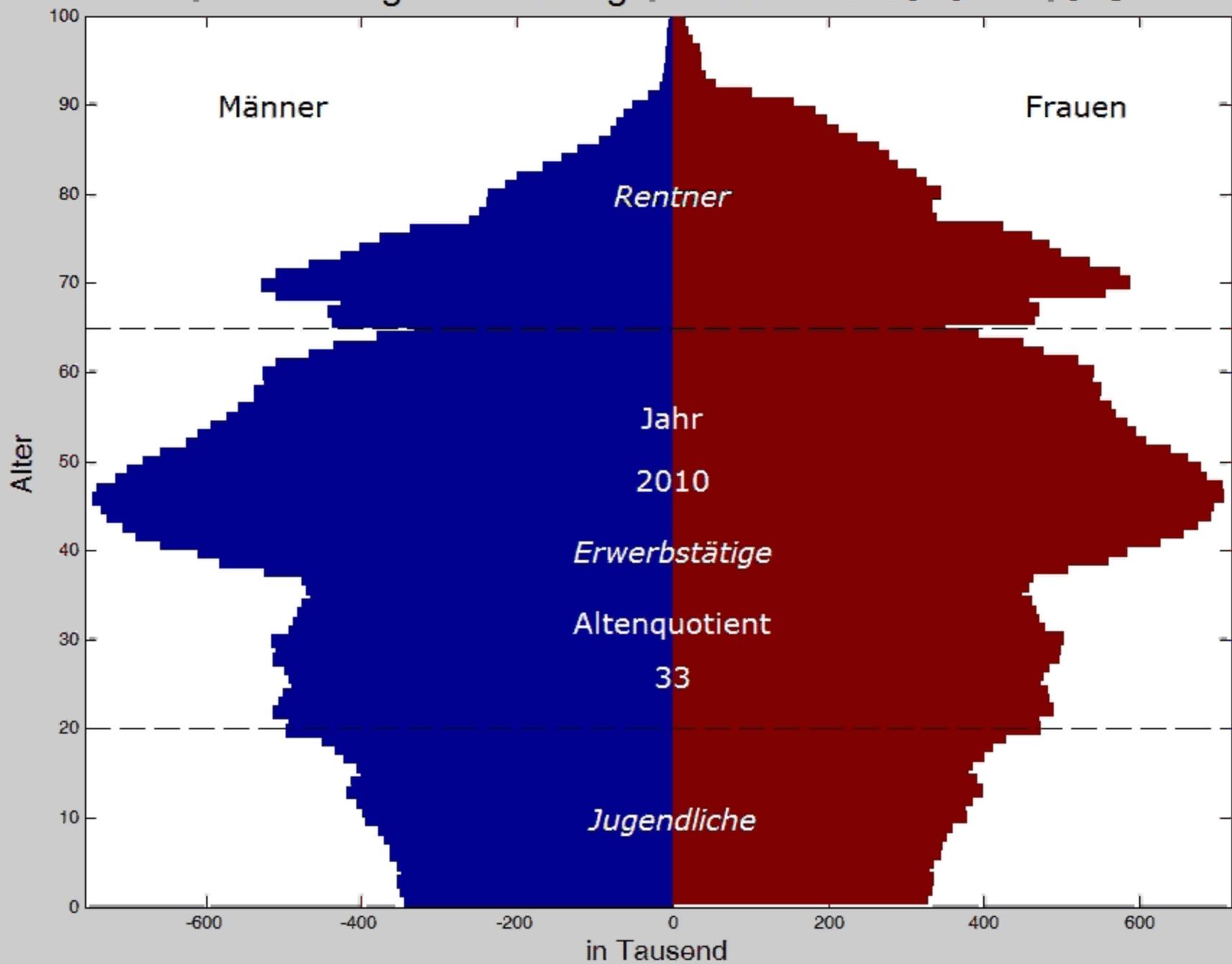
Bernd Raffelhüschen
Stefan Moog

Stiftung Marktwirtschaft

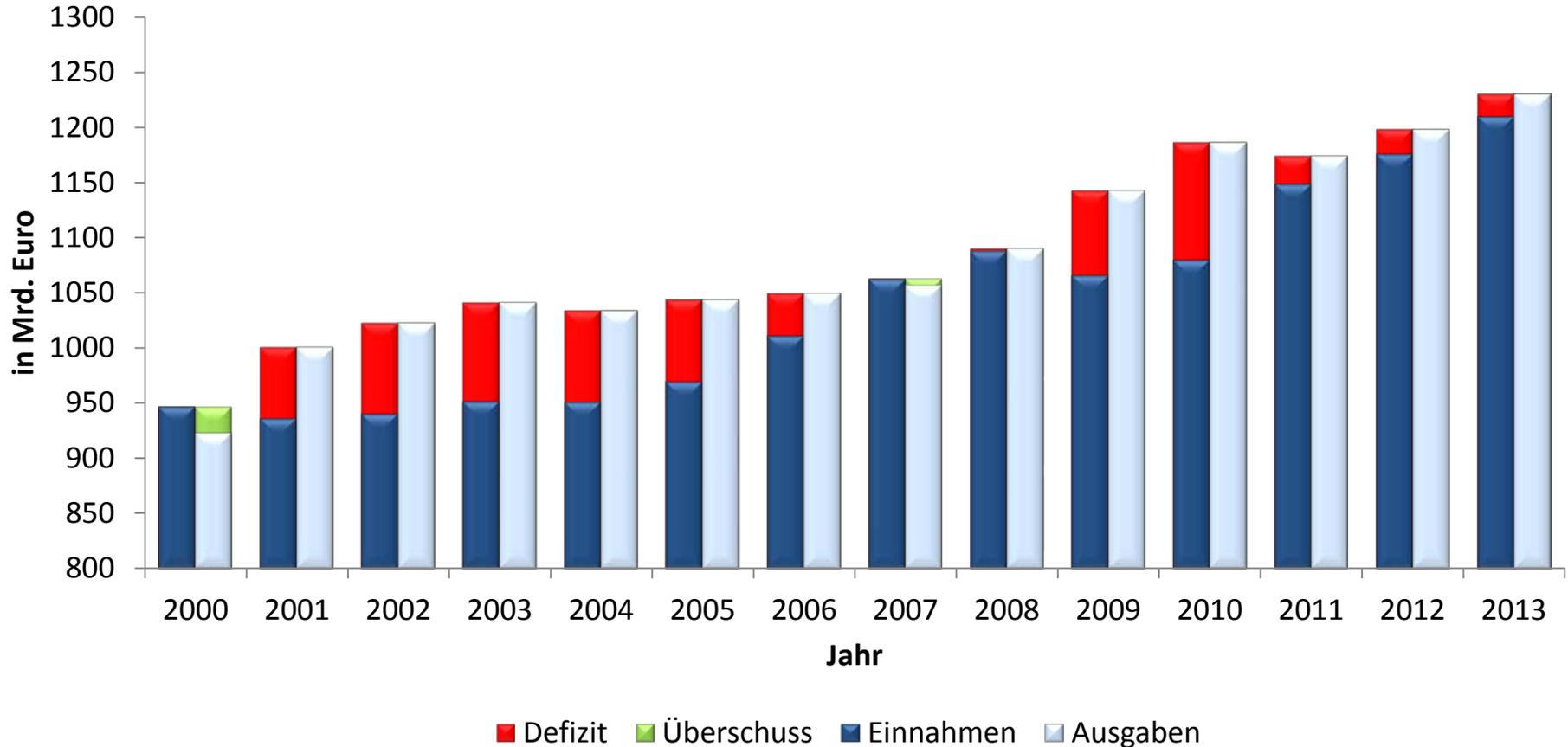
Forschungszentrum Generationenverträge
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Pressegespräch am 19. Juni 2012 in Berlin

Bevölkerungsentwicklung Deutschland: 2010 bis 2075



Die Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen

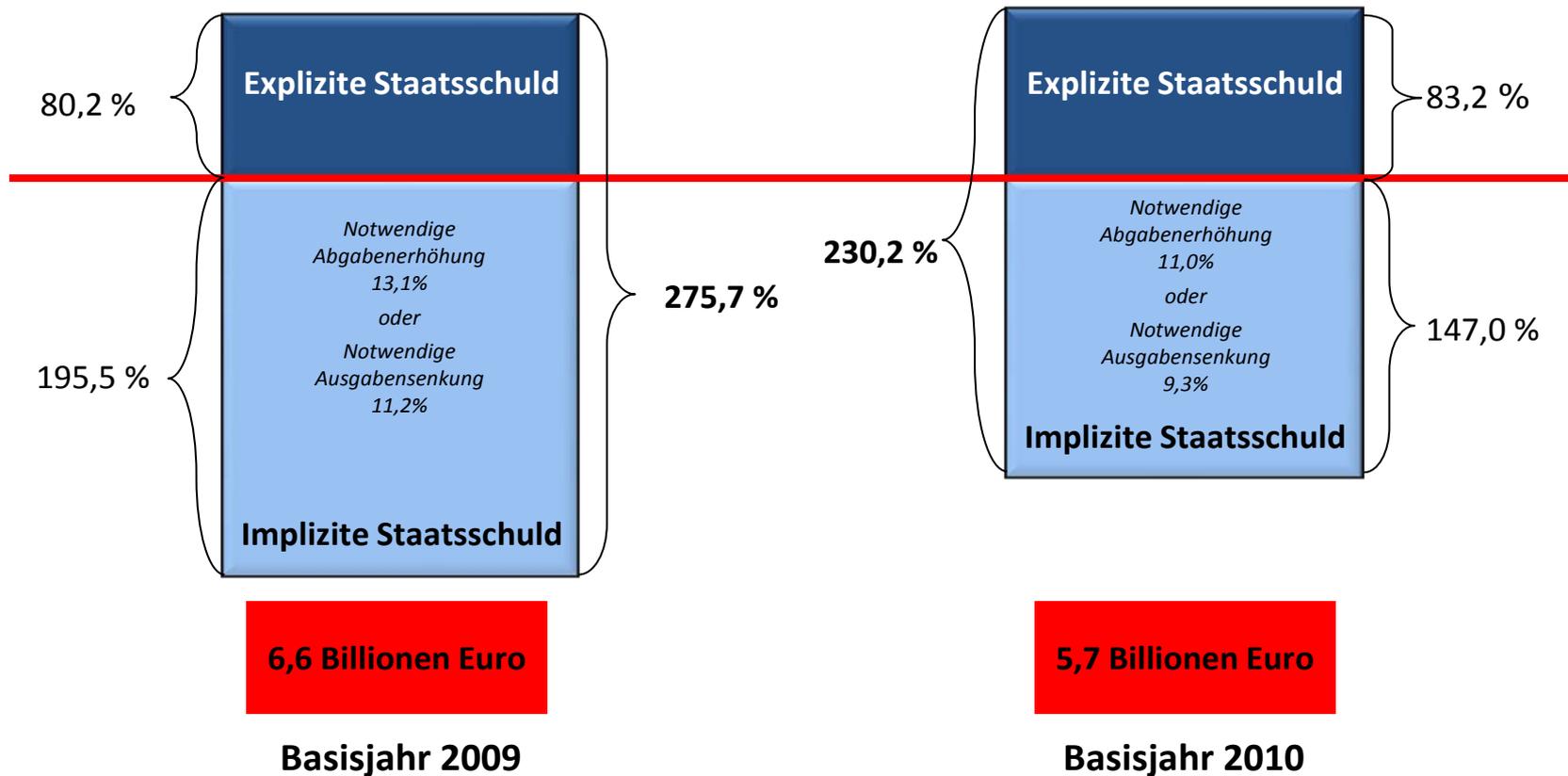


Quelle: Europäische Kommission. Für 2012 und 2013 Prognose.

Neben sprudelnden Steuer- und Beitragseinnahmen (+ 55 Mrd. Euro) haben in 2011 auch sinkende Ausgaben (-13 Mrd. Euro) zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen beigetragen. Die Ausgabensenkung ist weniger den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung als vielmehr dem Auslaufen krisenbedingter Ausgaben (z.B. Konjunkturprogramme, Bankensanierung) zu verdanken.

Nachhaltigkeit im Jahresvergleich

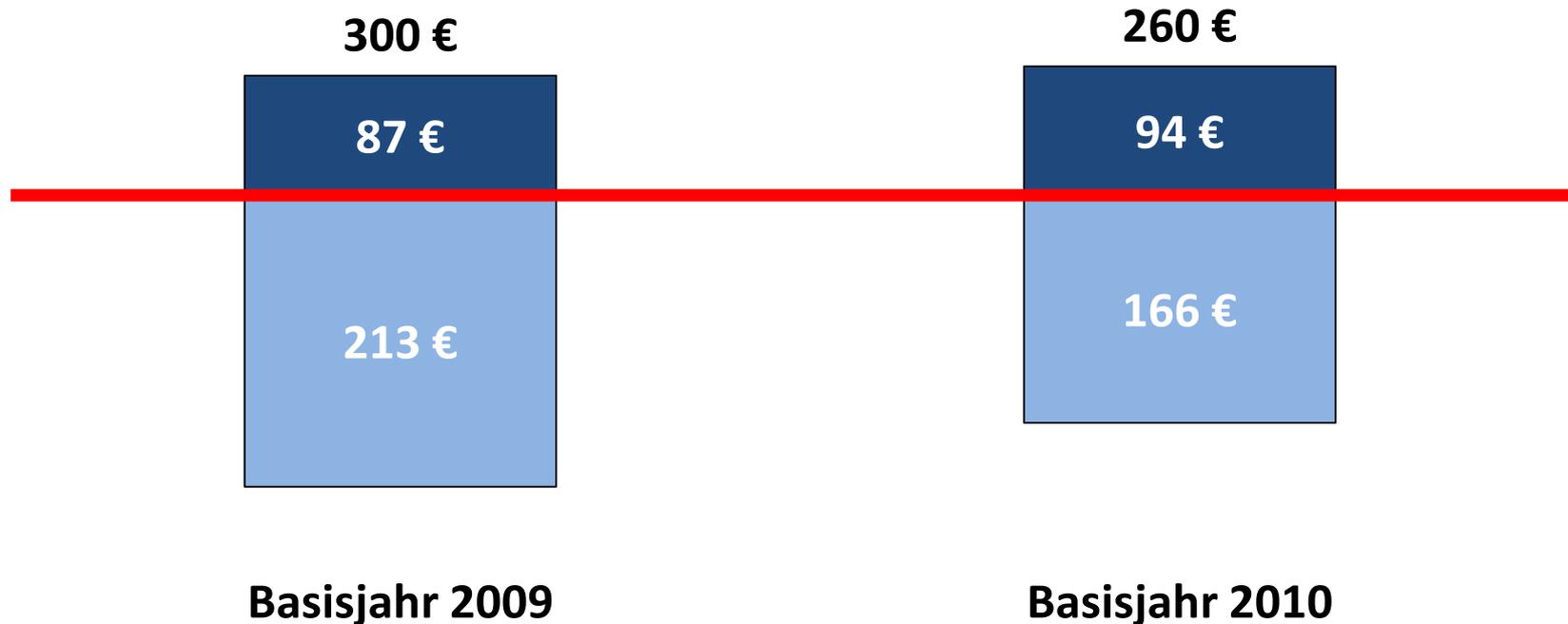
(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, in Prozent des BIP)



Infolge des konjunkturellen Einnahmenplus bei Steuern und Sozialabgaben ist die Nachhaltigkeitslücke im Jahresvergleich gesunken.

Nur die Spitze des Eisbergs ist sichtbar: Monatliche Belastung zur Begleichung der Schuldenlast

($g = 1,5\%$, $r = 3,0\%$, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

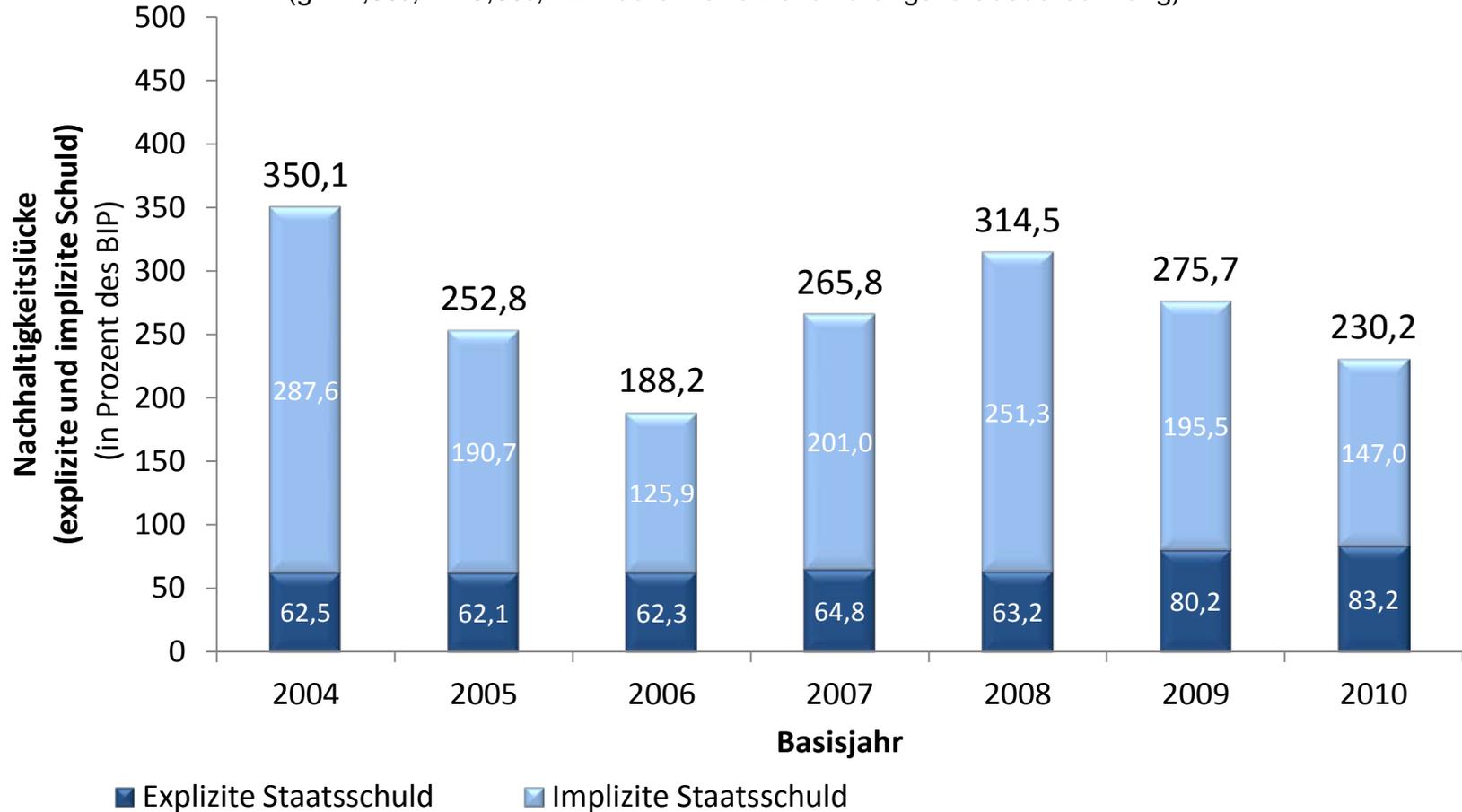


■ Unsichtbare (Implizite) Staatsschuld ■ Sichtbare (Explizite) Staatsschuld

Zur Begleichung der tatsächlichen Schuldenlast müsste jeder heute lebende Bundesbürger unabhängig von Steuern und Sozialabgaben bis zu seinem Lebensende einen zusätzlichen Betrag von 260 Euro pro Monat an den Staat abführen.

Trendumkehr setzt sich fort

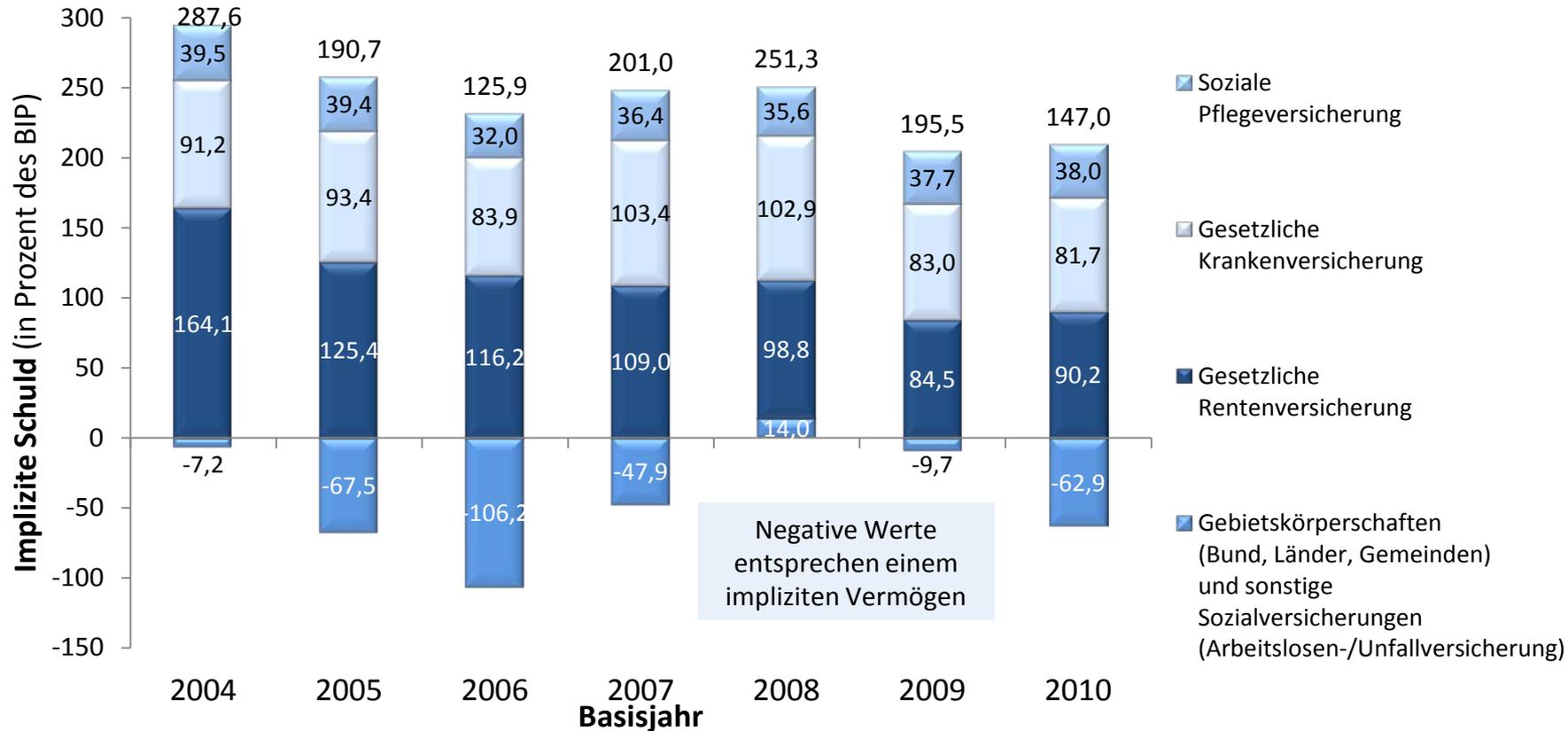
(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Nach der negativen Entwicklung der Krisenjahre (Basisjahr 2007 und 2008) hat sich die im vergangenen Jahr eingeleitete Trendumkehr zu einer nachhaltigen Finanzpolitik in der Generationenbilanz fortgesetzt.

Implizite Schulden im Einzelnen: Unsichtbare Schulden der Sozialversicherungen nehmen zu

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung hat die implizite Verschuldung der Sozialversicherung zugenommen. Dies ist im Wesentlichen auf die Beitragssatzsenkung in der GRV zurückzuführen. Lediglich die Lage in der GKV hat sich dank der kostendämpfenden Maßnahmen der Gesundheitsreform in 2011 nochmals leicht verbessert.

Der fiskalische Ausblick 2012

Kosten

Gesetz zum Abbau der kalten Progression

6,1 Mrd. Euro

Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer von aktuell 8.004 Euro auf 8.354 Euro sowie eine entsprechende *Anpassung des Tarifverlaufs*.

Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)

+/- 0 Mrd. Euro (?)

Erster Baustein des Regierungskonzepts zur Pflegereform. Bestehende Gerechtigkeitslücken bei der Gewährung von *Leistungen an Personen mit einem erhöhten Betreuungsbedarf* sollen geschlossen und die Situation *pflegender Angehöriger* verbessert werden. *Anhebung des SPV-Beitragssatzes* um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent bzw. 2,3 Prozent für Kinderlose.

RV-Lebensleistungsanerkennungsgesetz

0,1 Mrd. Euro (in 2013)
bis zu 4,3 Mrd. Euro (in 2030)

Bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen erwerben Geringverdiener höhere Rentenansprüche (*Zuschussrente*). Parallel zur Rente mit 67 Jahren soll die *Zurechnungszeit für die Erwerbsminderungsrente* um zwei Jahre verlängert werden. Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen bei Bezug einer Altersrente (*Kombirente*).

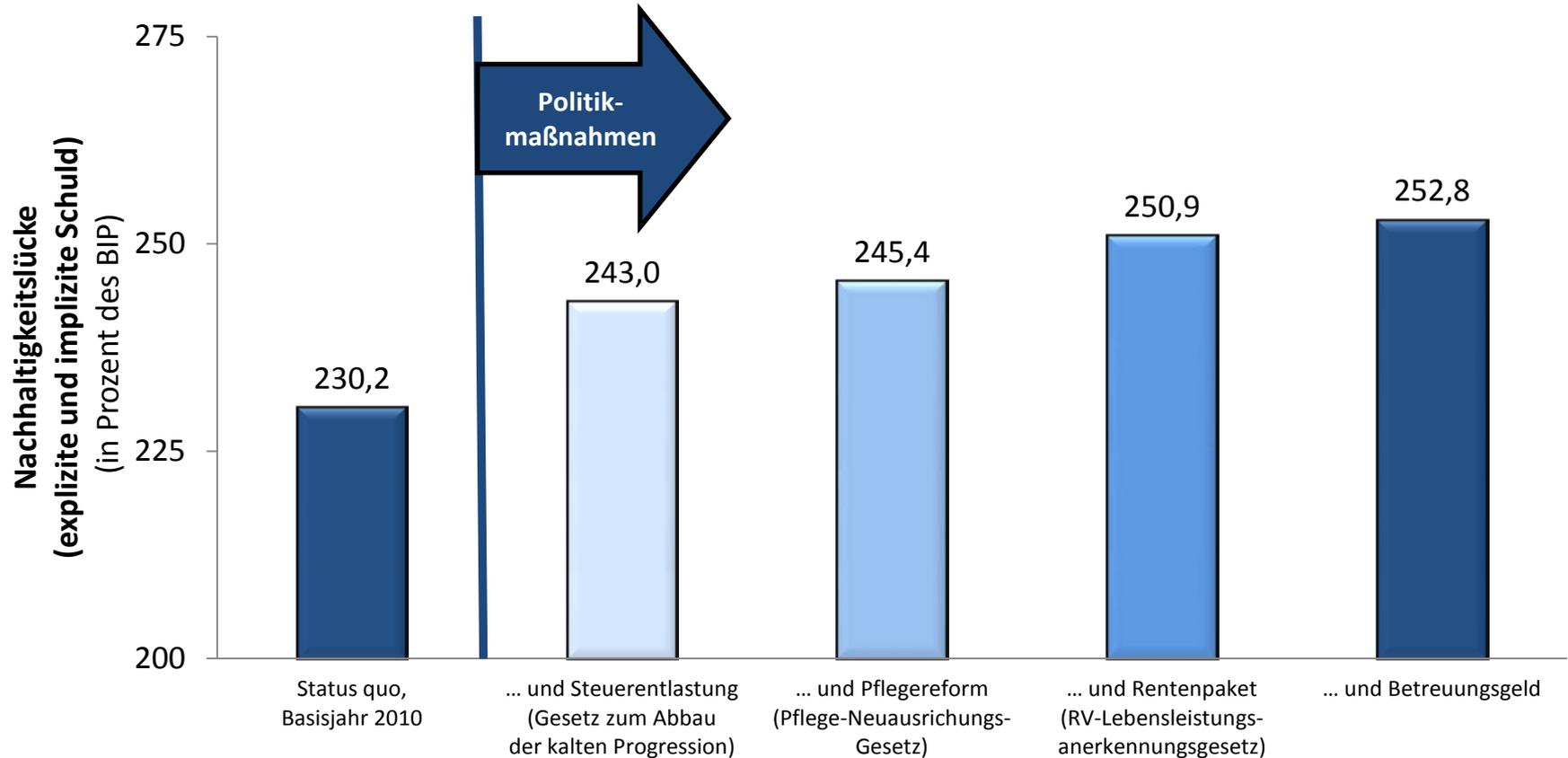
Betreuungsgeld

1,2 Mrd. Euro

Einführung eines Betreuungsgeldes von 150 Euro pro Monat für ein- und zweijährige Kinder, sofern kein öffentlich geförderter Krippenplatz in Anspruch genommen wird.

Die kommenden „Reformprojekte“: Neue Schulden für den Staat

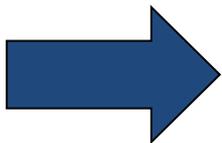
(g = 1,5%, r = 3,0% 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Statt der konsequenten Fortführung des eingeschlagenen Konsolidierungskurses schlagen sich die Pläne der Bundesregierung in der Bilanz des ehrbaren Staates in einer kontraproduktiven Zunahme der Nachhaltigkeitslücke um 24,6 Prozentpunkte nieder.

Zwischenfazit: Trendumkehr setzt sich fort

- Die im Jahr 2010 spürbare Trendumkehr zu einer **nachhaltigeren** Fiskalpolitik hat sich im Jahr 2011 fortgesetzt.
- Mit dem Zukunftspaket und der Gesundheitsreform hat die Politik ihren Anteil an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Jedoch ist der Nachhaltigkeitsgewinn am aktuellen Rand im Wesentlichen den **konjunkturellen Steuermehreinnahmen** geschuldet.
- Hingegen konnten die **Sozialversicherungen** im Hinblick auf ihre nachhaltige Finanzierung von diesem Trend nicht profitieren. Infolge der langfristigen Einnahmeausfälle durch die Absenkung des GRV-Beitragssatzes ergibt sich insgesamt eine **Zunahme der impliziten Schulden**.
- Die von der Bundesregierung für die kommenden Monate geplanten „(Reform-)“Projekte bedeuten für die öffentlichen Haushalte Mindereinnahmen oder Mehrausgaben.



Keine Mehrausgaben und Leistungsausweitungen
ohne nachhaltige(!) Gegenfinanzierung

Themenschwerpunkt Demografie und Arbeitsmarkt: Drohende Angebotslücke

*„Wenn wir jetzt nicht gegensteuern,
wird das Erwerbspersonenpotential in den nächsten 15 Jahren
um bis zu 6,5 Millionen schrumpfen.“*

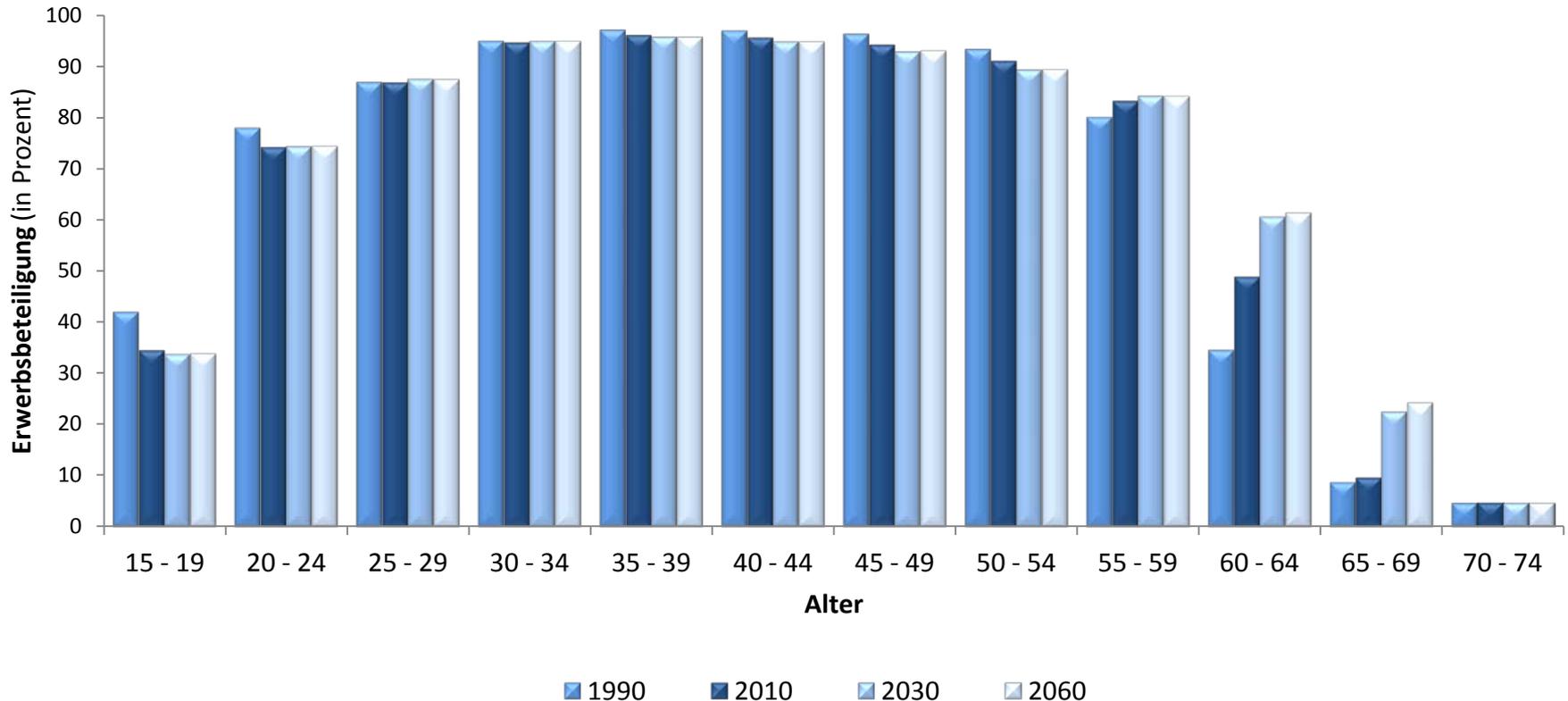
BMAS (2011), Fachkräftesicherung – Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung, S. 8

„Fachkräftemangel weitet sich dramatisch aus.“

Handelsblatt, 23.05.2012

Steigende Erwerbsbeteiligung der Älteren ...

Erwerbsbeteiligung von Männern

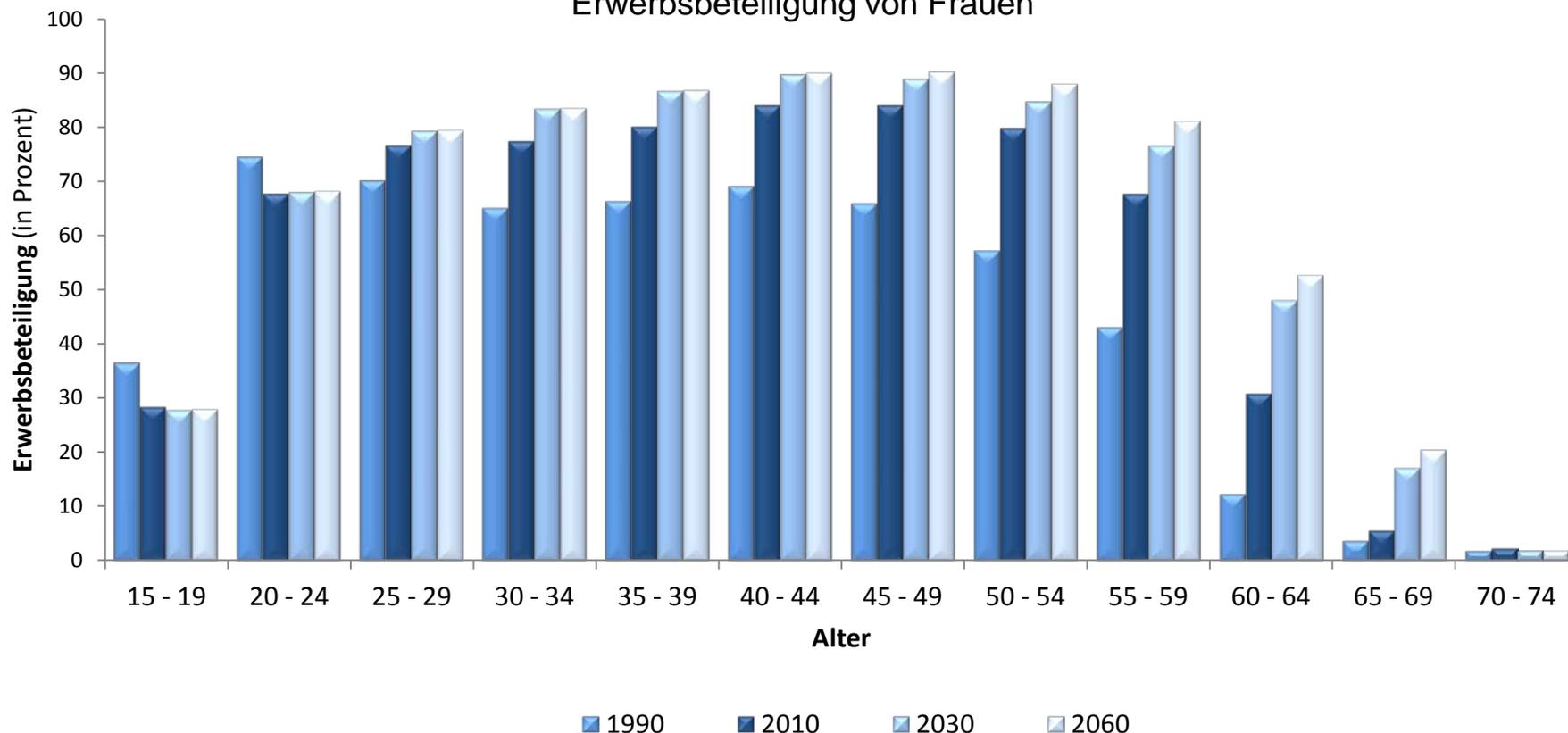


Quelle: Mikrozensus, eigene Berechnungen. Fortschreibung unter Berücksichtigung vergangener Trends und der Auswirkungen der Rente mit 67.

Bei den Männern ist in der Vergangenheit im Wesentlichen eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung ab einem Alter von 55 Jahren festzustellen. Dieser Trend dürfte sich zukünftig – verstärkt durch den Übergang zur Rente mit 67 – weiter fortsetzen.

... und der Frauen

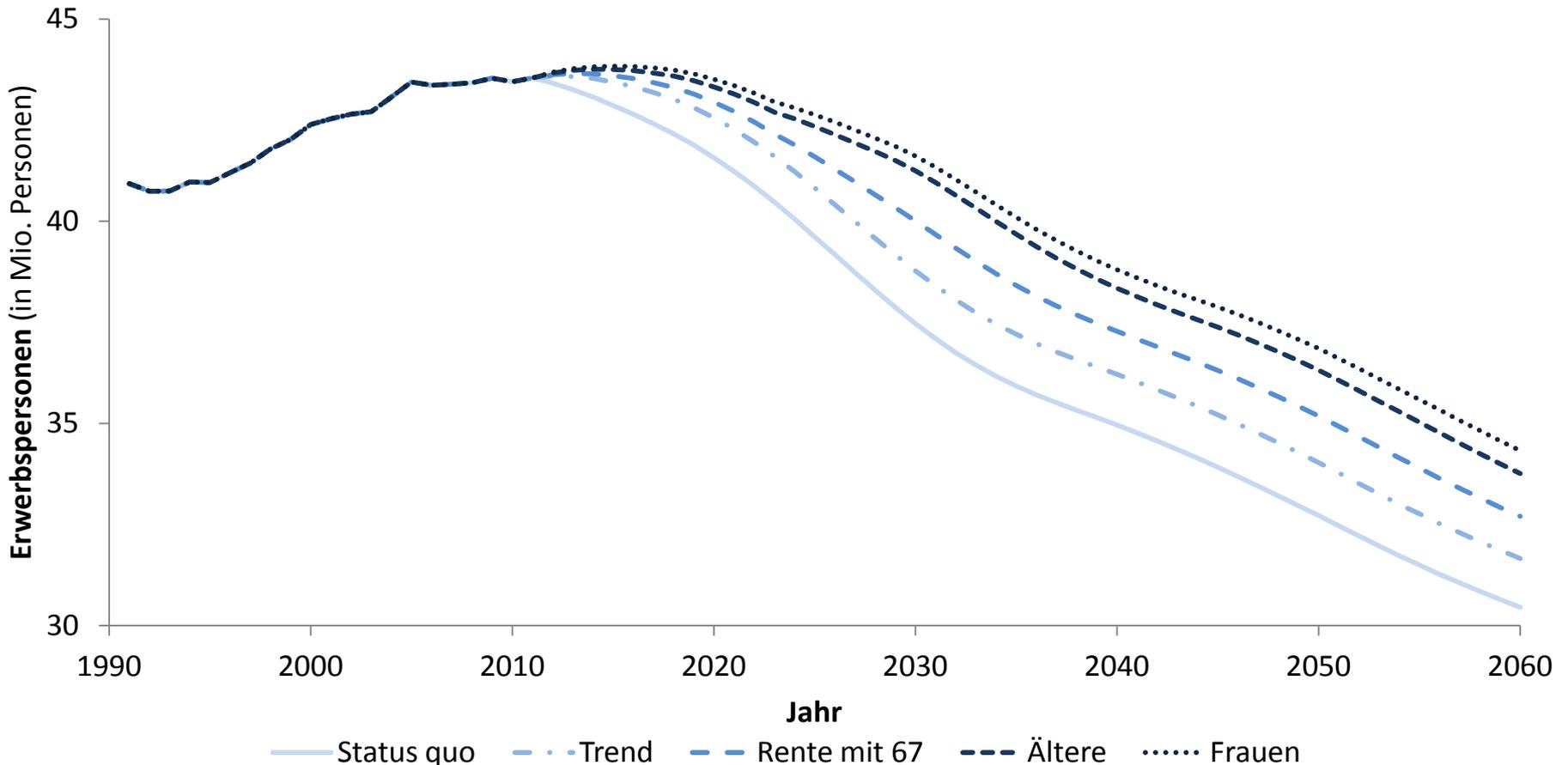
Erwerbsbeteiligung von Frauen



Quelle: Mikrozensus, eigene Berechnungen. Fortschreibung unter Berücksichtigung vergangener Trends und der Auswirkungen der Rente mit 67.

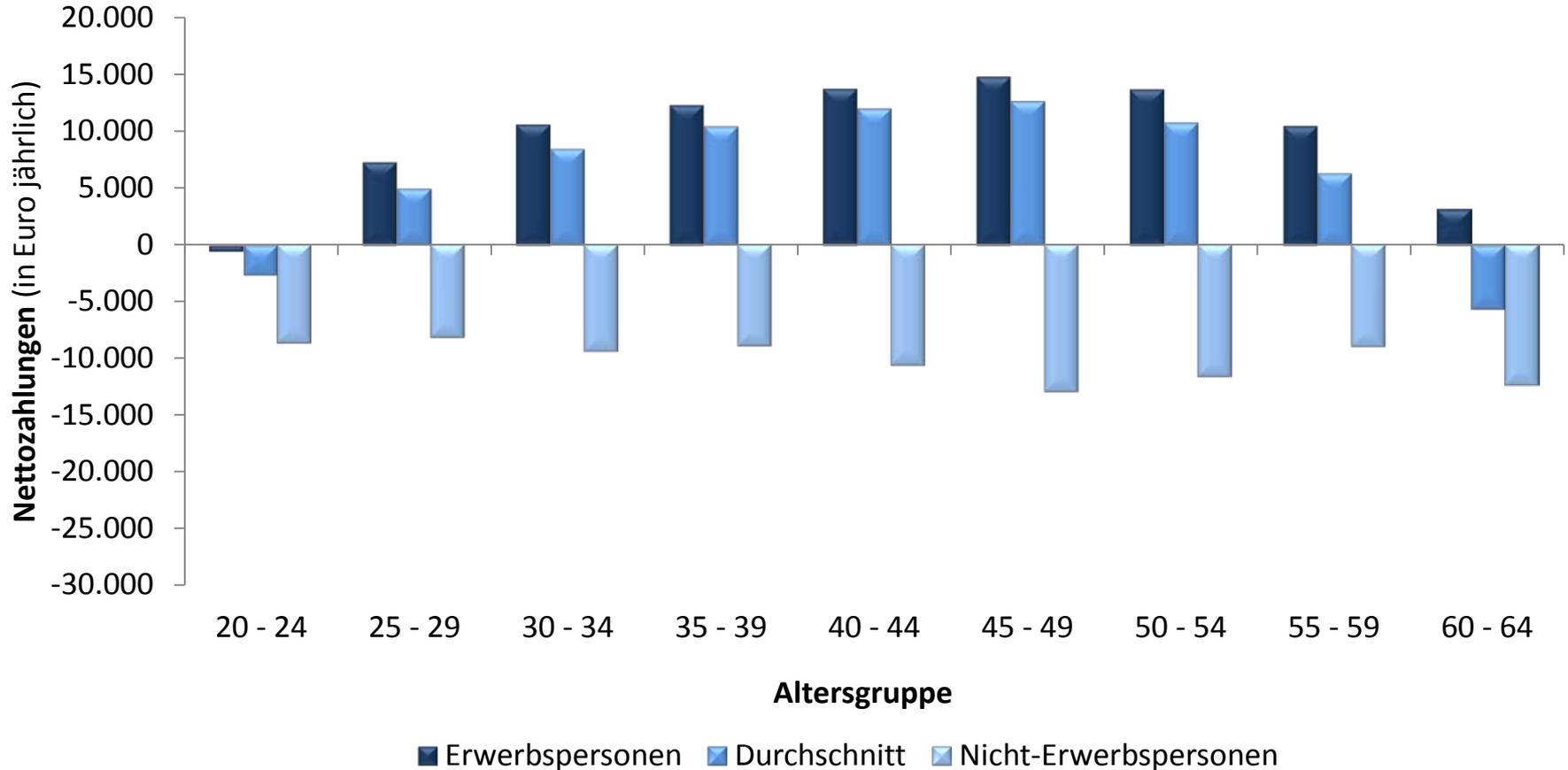
Neben den Älteren ist bei den Frauen auch in den mittleren Altersgruppen zwischen 25 und 54 Jahren eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung festzustellen. Dieser Trend dürfte sich zukünftig weiter fortsetzen, wobei dieser Anpassungsprozess bis 2030 weitestgehend abgeschlossen sein sollte. Der Abstand zur Erwerbsquote der Männer wird sich dabei um ein Drittel von 12 auf 8 Prozentpunkte verringern.

Entwicklung der Erwerbspersonen: Rückblick und Ausblick



Bei Fortschreibung der Veränderungen im Erwerbsverhalten der Älteren und Frauen (Szenario Trend) sowie der politischen Weichenstellung durch die Rente mit 67 (Szenario Rente mit 67) reduziert sich der demografische Rückgang der Erwerbspersonen (Szenario Status quo) bis 2030 um die Hälfte. Bei einer weiteren Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Älteren und Frauen könnte die demografisch bedingte Arbeitsangebotslücke bis 2030 sogar zu drei Vierteln geschlossen werden.

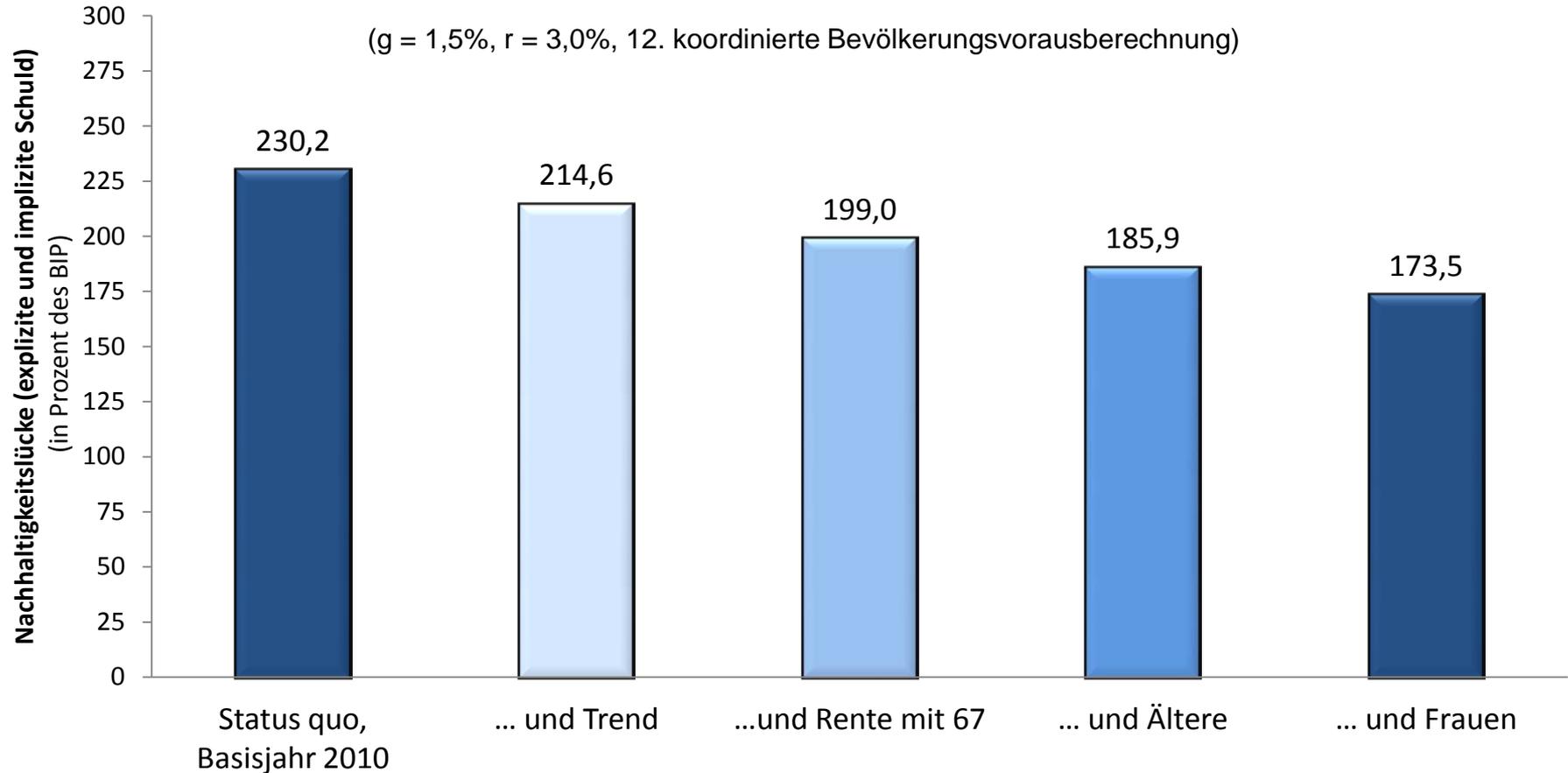
Erwerbsbeteiligung und öffentliche Finanzen



Neben ihrem Beitrag zur Wertschöpfung tragen die Erwerbspersonen über Steuern und Sozialabgaben auch maßgeblich zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei. Eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung hat daher nicht nur einen positiven Effekt auf das Arbeitsangebot, sondern entlastet auch die öffentlichen Haushalte.

Arbeitsmarkt und Nachhaltigkeit

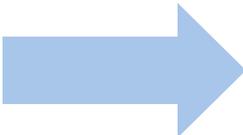
($g = 1,5\%$, $r = 3,0\%$, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Bereits bei Fortschreibung der vergangenen Trends und Berücksichtigung der Rente mit 67 ergibt sich im Vergleich zum Status quo eine Verringerung der Nachhaltigkeitslücke um 31,2 Prozentpunkte auf 199 Prozent des BIP. Bei Ausschöpfung der bestehenden Erwerbspotentiale bei Frauen und Älteren könnte die Nachhaltigkeitslücke zusätzlich um 25,5 Prozentpunkte auf 173,5 Prozent des BIP gesenkt werden.

FAZIT: Ausschöpfung bestehender Potentiale kann den Rückgang der Erwerbspersonen bis 2030 halbieren

- Bereits die heute spürbaren Veränderungen im Erwerbsverhalten der Frauen und der Älteren können im Zusammenspiel mit der Rente mit 67 den demografischen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials halbieren.
- Im Vergleich zum Status quo der Generationenbilanzierung 2010 bedeutet dies für die öffentlichen Finanzen eine deutliche Entlastung.
- Weitere Fortschritte lassen sich durch Maßnahmen zur Verbesserung der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** sowie der **Beschäftigungssicherung Älterer** erzielen.
- **Aber:** Allein die Sicherung des Erwerbspersonenpotentials wird nicht ausreichend sein, um die in einzelnen Regionen und Branchen bereits heute bestehende Fachkräfte-Lücke zu schließen:



Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung und verbesserten Bedingungen für eine längere Lebensarbeitszeit besteht darüber hinaus langfristig die **Notwendigkeit einer qualifizierten und branchenspezifischen Zuwanderung.**